



Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.

Kontoverbindung

IBAN: DE90 3706 0590 0000 3392 10
BIC: GENODED1SPK
Steuernummer: 207/107/603315
Vereinsregister Amtsgericht Köln VR 9394

Präsident

Nazih Musharbash
Vizepräsidenten
Dr. Detlef Griesche
Ursula Mindermann
Gisela Siebourg
Dr. Ribhi Yousef

Kontakt

Nazih Musharbash
Hagenberg 58
D-49186 Bad Iburg
musharbash@dpq-netz.de

DPG – Nazih Musharbash – Hagenberg 58 – 49186 Bad Iburg

Herrn
Bundesaußenminister
Heiko Maas
Auswärtiges Amt
11013 Berlin

Bad Iburg, 23.05.2020

Offener Brief an den Bundesminister des Auswärtigen

Sehr geehrter Herr Bundesaußenminister Maas,

Israels neue Regierung will in Übereinstimmung mit dem ohne Verhandlungen durchgesetzten Nahost-Plan des US-Präsident Donald Trump völkerrechtswidrig und illegal errichtete jüdische Siedlungen und das wirtschaftlich und strategisch wichtige Jordan-Tal im Westjordanland annektieren. Diese Annexionspläne stellen eine eklatante Verletzung bilateraler Vereinbarungen und internationalen Rechts dar.

Mit Erleichterung und großer Erwartung haben wir zunächst großes Vertrauen in die vor angekündigte mögliche gemeinsame Ablehnungshaltung der EU-Außenminister gesetzt. Mit Enttäuschung und Verärgerung nehmen wir wahr, dass Österreich und Ungarn das israelische Vorhaben ohne Warnung oder Protest akzeptieren werden und somit eine europäische Haltung torpedieren.

Die DPG erkennt, wie wir immer wieder betont haben, das besondere Verhältnis Deutschlands zu Israel an, ist jedoch der Auffassung, dass die israelisch-amerikanischen Annexionspläne nicht akzeptabel sind und mit allen Mitteln verhindert werden müssen. Dieses Unrecht, das vorsätzliche Brechen des Völkerrechts und eine Machtpolitik der Stärke dürfen nicht hingenommen werden.

Ähnliche gelagerte Maßnahmen anderer Staaten werden und würden mit Sanktionen und härteren Maßnahmen belegt. Jegliche andere Haltung verstärkt die Annahme der stillschweigenden Duldung und befeuert den Vorwurf der Politik der Willkür und der Doppelmoral.

Die DPG fordert die Bundesregierung deshalb auf, sich gegen das Unrecht und für die Einhaltung des Völkerrechts einzusetzen und in diesem aktuellen Fall die israelischen Maßnahmen nicht nur zu verurteilen, sondern zu sanktionieren.

Für eine zeitnahe Rückmeldung sind wir Ihnen sehr dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

I.A.

Nazih Musharbash

Präsident der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V.